



PRESSEMITTEILUNG

Richtigstellung der Vorwürfe der SPD

Die **CDU**-Ratsfraktion hat die Kritik der SPD-Ratsfraktion an Bewilligung der Bürgerarbeit in Hannover von der Bundesregierung prüfen lassen.

„Die Fakten lassen nur einen Schluss zu: Die Bürgerarbeit in Hannover läuft gut und sogar besser als im Durchschnitt. Die SPD versucht, auf unredliche Art und Weise den Kommunalwahlkampf in Hannover zu befeuern“, so **Jens Seidel**, Vorsitzender der **CDU**-Ratsfraktion Hannover.

Laut Angaben des Bundesversicherungsamtes (BVA) sind im Bereich des Jobcenters Region Hannover bislang 324 Stellen beantragt worden. 253 Stellen wurden bewilligt, 10 Stellen abgelehnt und 32 Stellen widerrufen bzw. zurückgezogen. Derzeit ist damit über lediglich 29 beantragte Stellen noch nicht entschieden. Die Ablehnungsquote liegt mit 3,4 Prozent unter dem bundesweiten Durchschnitt von 5,8 Prozent.

„Zu dem in der Pressemitteilung angesprochenen Fall der Betreuung Demenzkranker teilte das BVA zudem mit, dass entsprechende Förderanträge bislang nicht gestellt wurden. Das Jobcenter Hannover habe lediglich eine "Voranfrage" beim BVA gestellt“, erläutert **Seidel**.

Das Konzept der Stadt Hannover zur Betreuung Demenzkranker sehe aber auch vor, dass der zu pflegende Patient einen Beitrag für die Betreuungsleistungen in Höhe von 3 Euro zu entrichten habe.

„Dies dürfte mit den Förderbedingungen nicht zu vereinbaren sein. Kein Wunder also, wenn hier nicht bewilligt werden kann“, so **Seidel** abschließend.

Für Nachfragen steht Ihnen unser Fraktionsvorsitzender Jens Seidel unter der Tel.-Nr.: 0151- 40 400 463 zur Verfügung.

02.08.2011